

Dresdener Volkszeitung

Postfachkonto: Dresden.
Raben & Comp., Nr. 1288.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Kontofonto:
Gebr. Arnhold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Neustadt und Dresden-Alstadt

Abonnementpreis einschließlich Bringerlohn monatlich 800.— M., durch die Post bezogen monatlich 900.— M., unter Kreuzband für Deutschland wöchentlich 280.— M., Einzelnummer 50.— M., Sonnabendnummer 70.— M.
Telegraphen-Adresse: Dresdener Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25201.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25201.
Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 8spalt. Nonpareillezeile 100.— M., die 8spalt. Reklamzeile 400.— M., auswärts 125.— u. 500.—, Ausland 800 u. 2500 M. Bei mehrmaliger Ausgabe Ermäßigung. Familienanzeigen, Stellen- und Mietangebote 40 Proz. Rabatt. Für Briefniederlegung 80 M.

Nr. 21

Dresden, Donnerstag den 25. Januar 1923

34. Jahrg.

Bewegliche Widerstandstaktik

Essen, 24. Januar. (Fig. Draht.) Entsprechend den neuen Gewalttaten der Besatzung, die weiterhin aus verschiedenen Teilen des Industriegebietes gemeldet werden, folgert die Arbeiter- und Beamtenchaft ihren aktiven Widerstand. Nichts, rein gar nichts hat man bisher durch die Verhaftungen, Ausweisungen und sonstigen Maßnahmen erreicht. Die deutschen Arbeiter und Beamten legen regelmäßig auf einen Schenkel zwei! So ausgewiesen wird, steht der Betrieb, wo verhaftet wird, ruht ebenfalls die Arbeit, bis sich die Franzosen eines anderen besonnen haben. Daß diese Taktik, den aktiven Widerstand von Fall zu Fall je nach Bedarf und Notwendigkeit die Arbeit einzustellen, bisher nicht ohne Erfolg war, dafür liegen eine ganze Reihe von Beispielen vor. Erinnert sei nur an die Zurückziehung der Truppen vom Dortmunder Südbahnhof und den hiermit verbundenen Zugeständnissen an die Einwohner, an die Entfremdung der schwer bewaffneten Franzosen vor den Reichsbankstellen des besetzten Gebietes, die Freilassung mehrerer verhafteter Personlichkeiten usw.

Neue Truppenmassen werden inzwischen in das Industriegebiet geworfen. Artillerie aller Kaliber ist heute in außergewöhnlicher Stärke eingetroffen, selbst Schwere aus Afrika hat man der Bevölkerung vorgeführt. Die militärische Abschneidung des Ruhrgebietes soll in kurzem Lastade werden. Ihr soll die Jollinie folgen. Man will die Bevölkerung mürbe machen, und es hat den Anschein, daß man schließlich zu jedem Mittel greift, um die Bestrebungen des französischen Imperialismus durchzuführen. Der Höhepunkt des Kampfes, der von der deutschen Arbeiterchaft gegen die Gewalt geführt wird, ist also noch nicht erreicht. Eine Linne von Angehörigen deutet darauf hin, daß man den verübten Generalstreik, an den die vernünftige Arbeiterchaft nicht gedacht hat, nach und nach durch neue Gewalttaten, durch weitere Verhaftungen und Ausweisungen provozieren will. Von einem Generalstreik verspricht man sich das Ende der Widerstandstaktik.

Die Arbeiterchaft des Ruhrgebietes ist gewerkschaftlich zu gut geschult, um auf die Absichten des französischen Militarismus hereinzufallen. Maßnahmen mit der Abwehrkraft, nur von Fall zu Fall verschiedene Stellen in Aktion treten zu lassen, wird die Parole der Arbeiterchaft im besetzten Gebiet für die Zukunft sein, und in dieser Taktik liegt unsere Stärke!

Düsseldorf, 24. Januar. (Fig. Draht.) Oberpräsident Brüning hat offiziell den französischen Offizieren die Erklärung abgegeben, daß er nicht daran denkt, die Anordnungen 182, 184 und 185 der Rheinlandkommission, deren Durchführung infolge ihrer Rechtswidrigkeit von der Regierung untersagt wurde, auszuführen. Er hat es ferner abgelehnt, seinen Einfluß auf die Post- und Telegraphenbeamten geltend zu machen, damit die Telefonverbindungen für die Besatzungsbehörde wieder hergestellt werden. Das Telefonpersonal des besetzten Gebietes weigert sich seit Dienstag vormittag, Verbindungen für die Besatzungsbehörde, dergleichen solche deutscher Stellen mit der Besatzungsbehörde herzustellen.

Eine Warnung

Der Berichterstatter des Berliner Tageblatts, Ulrich Dombrowski, telegraphiert aus dem Ruhrgebiet folgende Warnung: „Man will nicht nur um das besetzte Rheingebiet, sondern auch um das Land der Ruhr-eigene Jollinie gehen. Man will eine neue Währung einführen. Das ist, wenn es wirklich in den Absichten der Besatzung liegt, ein überaus gefährliches Spiel. Wird eine Bevölkerung von fünf Millionen Menschen durch ein solches Vorgehen, das Hunger und Not ohnegleichen herbeiführen muß, zur Verzweiflung getrieben, so ist das Ende nicht absehbar. Keine Armee wäre stark genug, um einem elementaren Ausbruch wilder Leidenschaft zu widerstehen. Das sind Gewehre, Maschinengewehre, ja selbst Geschütze und Tanks gegen ein Volk, das gewissermaßen aus dem Innern der Erde Hemmungslos hervorschießt und seine Widersacher, die es bis auf Blut zeigen, erdrückt! Die Westfalen sind Männer mit harten Schädeln, sind schwerblütige Menschen. Aber schreiten sie einmal zur Tat, dann vermag ihrer Zähigkeit und ihrem Willen auf die Dauer niemand zu widerstehen. Das zeigt sich schon jetzt. Langsam ist die Abwehr aus der Situation selbst herausgewachsen, langsam nimmt sie zu, und die Front wird immer breiter. Räden fallen sich, Einmärtler und geschloffen bilden die Westfalen, ob hoch oder niedrig, eine unüberdringliche Mauer, die sich, einmal in Bewegung gesetzt, ruhig, fast bedächtig gegen die fremden Eindringlinge vorstößt und ihnen von Tag zu Tag eine immer geringere Bewegungsfreiheit läßt.“

Der Proteststreik unterbrochen

Berlin, 24. Januar. Bürgerliche Blätter melden aus Essen: Die Belegschaften der Thyssengruben, der Klünergruben und der Knattischen Gruben haben heute geschlossen die Arbeit wieder aufgenommen, nachdem sie durch 21stündigen Proteststreik ihrem Protest Ausdruck gegeben haben. Die Arbeitsaufnahme ist wieder erfolgt, damit die Kohlenversorgung des unbesetzten Reichslandes nicht gefährdet wird.

Neue Eisenbahnerstreiks

Essen, 24. Januar. Das Personal der Bahnhöfe Düsseldorf, Rath und Domborn ist in den Ausstand getreten, so daß der Betrieb vollständig ruht.

Essen, 24. Januar. Der Hauptbahnhof in Duisburg hat erneut seinen Betrieb wegen wiederholter Angriffe eingestellt und da der Betrieb in Oberhausen gleichfalls ruht, ist der Verkehr vom widerrechtlich besetzten Gebiet in das abgesetzte Gebiet unterbrochen.

Essen, 24. Januar. Neuerdings haben auch die Bahnhöfe Gledbau, Cottrop und Dinslaken ihre Arbeit eingestellt, so daß der gesamte westliche Bahnverkehr ruht.

Duisburg, 24. Januar. Auf dem diesigen Hauptbahnhof sind französische Eisenbahner eingetroffen.

Regierung und Gewerkschaften

Berlin, 25. Januar. Die Besprechungen der Reichsregierung mit den Gewerkschaften wurden am Mittwoch nachmittag fortgesetzt. Vom Kabinett waren anwesend: der Reichskanzler, der Schatzminister, der Wirtschaftsminister, der Post- und der Verkehrsminister. Von den Organisationen waren vertreten: der Allgemeine Deutsche Beamtensbund, der Deutsche Beamtensbund, der Reichsverband der höheren Beamten und der Gewerkschaftsring. Unter den Vertretern des Deutschen Beamtensbundes und des Allgemeinen Deutschen Beamtensbundes befand sich je ein Abgesandter des Ruhrgebietes. Der Reichskanzler und die Minister dankten den Beamten des besetzten Gebietes für ihre aufrechte Haltung gegenüber den französischen und belgischen Einbringlingen. Die Aussprache erstreckte sich auf Einzelfragen, wobei besonders die Verkehrslage und die Kohlenversorgung im Vordergrund stand. Die Gewerkschaften wiesen darauf hin, daß die Lösung des Ernährungsproblems für das Ruhrgebiet und die Sicherstellung der Kohlenversorgung für das unbesetzte Gebiet die wichtigsten Voraussetzungen für die erfolgreiche Durchführung der Abwehraktionen seien. Für den Fall, daß die wirtschaftliche Kraft der Beamtenschaft erhalten bleibe, könne damit gerechnet werden, daß sie in ihrer Haltung gegenüber den fremden Gewalttätern fest bleiben wird.

Die Reichsbeamten zu Gefängnis verurteilt

Mainz, 24. Januar. In einer kriegsgerichtlichen Verhandlung wurde Geheimrat Raiffeisen, der Präsident der Bergwerksdirektion in Recklinghausen, zu einem Jahr Gefängnis mit Strafausmaß verurteilt. Raiffeisen wurde sofort in Freiheit gesetzt.

Mainz, 24. Januar. Der Düsseldorf Finanzamtpräsident Dr. Schlotius wurde heute vom Kriegsgericht in Mainz zu einem Jahr Gefängnis verurteilt, doch wurde die Vollziehung der Strafe aufgeschoben und Dr. Schlotius entlassen.

Ausgewiesen!

Mainz, 24. Januar. Unmittelbar nach Abschluß der Kriegsgerichtsverhandlungen gegen Salinas und Raiffeisen wurde mitgeteilt, daß sie aus dem besetzten Gebiet ausgewiesen worden seien und es sofort zu verlassen hätten. Sie wurden sofort durch ein Kriminalbeamte mit unbekannter Bestimmung fortgeschickt.

Trier, 24. Januar. Auf Anordnung der internationalen Rheinlandkommission sind weitere zehn Oberbeamte aus dem besetzten Gebiet ausgewiesen worden, darunter der Regierungspräsident Dr. Saaken und der Oberbürgermeister Pohl. — Der Vorstand des Finanzamtes Neuwied ist heute ausgewiesen worden.

Die Haltung der Mächte

Italien. Heber eine italienische Vermittlung, die zu einer direkten italienisch-englischen Intervention in Berlin und Paris hätte führen können, erklärte Mussolini im Ministerrat in Rom, daß ein regelrechtes Vermittlungsangebot nicht bestehe und auch nicht hätte gemacht werden können, ohne im voraus die Sicherheit zu haben, daß das Angebot gütlich aufgenommen werde. Italien wolle sich keinem Mißerfolg aussetzen. Nach der Auffassung der italienischen Regierung sei die Lage im Ruhrgebiet noch nicht auf dem letzten Punkt angekommen, in welchem Falle allein sich eine Zwangslösung machen würde. In diesem Falle werde vielleicht die Arbeit der italienischen Regierung einen Einfluß auf die Lösung ausüben können.

England. Aus London wird berichtet, daß die italienischen Vermittlungsführer in London ungenügend gedeckert seien. Der englische Standpunkt sei, daß für Vermittlungen auswendig die Basis noch nicht geschaffen sei. Die militärische Okkupation des Ruhrgebietes werde auf einen toten Punkt führen. Erst wenn sich Frankreich davon überzeugt habe, daß es durch Gewaltmaßnahmen wieder seine Finanzen aufbessern, noch kein militärisches Prestige in der Welt begründen werde, dürfe der Zeitpunkt gekommen sein, eine internationale Vermittlungsbestrebung großen Stils einzuleiten. — Wegen die Verhandlungen habe die englische Regierung in Paris Protest erhoben. (3)

Kleine Entente. Meldungen aus Prag behaupten, die kleine Entente wolle Vermittlungen versuchen.



Ist das so schwer?!

In der reaktionären Presse versucht man die sozialdemokratische Arbeiterchaft gegen ihre Führer auszuspielen. Die Führer seien international und ohne vaterländisches Empfinden, aber die Arbeiterchaft habe sich im Ruhrrevier prächtig wider den fremden Unterdrücker erhoben und das Beste ihres Wesens wiedergefunden. Ein Hurra der Arbeiterchaft! Diese Tröste in der Deutschen Tageszeitung, Deutschen Zeitung und verwandten Organen haben von der Stimmung der sozialdemokratischen Arbeiterchaft soviel Ahnung wie der Elefant vom Klavierspielen! Wenn sie wüßten, mit welchem Ingrimm die gesamte sozialdemokratische Arbeiterchaft empfindet, daß sie durch den Kampf gegen die Fremdherrschaft in eine Linie rückt mit denselben Leuten, gegen die sie täglich einen schweren sozialen Kampf führen, gegen die sie tagaus, tagein die Gedanken der Völkerverdönmung und der internationalen Vernunft verteidigen mußte, so würden ihre papierernen Phrasen in der Feder stecken bleiben.

Ein anderer, weniger deutschvölkischer Teil der bürgerlichen Presse sieht in dem Kampf der Arbeiter und Ruhrkapitalisten gegen den französischen Militarismus eine andre Offenbarung. Wird hier nicht der Beweis geliefert, daß diejenigen recht haben, die uns seit Jahr und Tag den Gedanken der Volksgemeinschaft predigen, die uns klar machen wollen, daß wir uns endlich von den Klassenkämpfen freimachen, daß wir schließendlich in die Arme der Deutschen Volkspartei sinken müßten, um mit ihr die große Koalition darzustellen?

Es muß doch für manche Leute sehr schwer sein, einfache Tatsachen ohne gefühlsmäßige Verfälschung zu kapieren! Ist es denn etwas Neues, daß Arbeiter und Kapitalisten sich gelegentlich zur Arbeit für gemeinsame Ziele zusammenfinden? Es soll hier kein Urteil über das Verhalten der sozialistischen Parteien im Kriege abgegeben werden, aber Tatsache ist, daß in allen Ländern sich große Teile der Arbeiterchaft mit den Besitzenden zur gemeinsamen Abwehr des Kriegsgewinners verbunden. Arbeiten nicht jetzt auch — um etwas weniger wichtiges zu nennen — Vertreter der Unternehmer und Arbeiter in einer sogenannten Notgemeinschaft zusammen, um denen zu helfen, die am ärgsten unter der Not des deutschen Volkes leiden? Unsere Radikalen von links sind stets geneigt, über Verrat an den Grundfragen des Klassenkampfes zu schreiben, wenn einmal Arbeiter und Kapitalisten gemeinsame Arbeit leisten. Dabei aber ist diese Zusammenarbeit etwas Alltägliches, und auch die Kommunisten, sowie je anfangen, praktisch zu arbeiten, können sich dieser Gemeinschaftsarbeit nicht entziehen. Sehr viele Bekümmerte werden in den Staats- und Gemeindeparlamenten einstimmig gefast, weil sie der Lösung von Aufgaben gelten, die allen Parteien und Klassen gemeinsam sind. In der Offenheit ist von derartigen Dingen meist nicht viel die Rede, die Aufmerksamkeit der Bevölkerung wird vielmehr auf die Fragen gelenkt, über die gestritten wird.

Die Gegenüberstellung „Klassenkampf oder Volksgemeinschaft?“ ist völlig wirklichkeitsfremd; es haben sowohl die Unrecht, die uns predigen, wir müßten um der Volksgemeinschaft willen auf den Klassenkampf verzichten, wie diejenigen, die über Verrat schreiben, wenn Sozialisten mit Vertretern kapitalistischer Schichten oder Parteien sich zusammen an einen Tisch setzen. Die Proletarier haben in vielen Fällen Interessen und Ziele mit den Besitzenden gemeinsam, alle Klassen der Bevölkerung sind daran interessiert, daß verheerende Seuchen, die Pest und Cholera, ferngehalten, daß die öffentliche Sicherheit aufrecht erhalten wird. Aber das ändert nichts daran, daß gleichzeitig die schärfsten Gegensätze bestehen, daß zwischen den verschiedenen Klassen um die Verteilung des Produktionsertrages und der Steuern und um das Maß der politischen Rechte, das den Angehörigen der einzelnen Gruppen zukommt, gekämpft werden muß. Gemeinschaftsarbeit und Klassenkampf gehen neben einander her, womit freilich nicht gesagt ist, daß die Sozialdemokratie dort nicht die Interessen der Volksgemeinschaft vertritt, wo sie proletarische Ziele im Kampf gegen die Besitzenden vertritt. Sind wir doch der Ueberzeugung, daß wir durch das Eintreten für unsere Ziele der Volksgemeinschaft, der Kultur und dem Fortschritt des gesamten Menschengeschlechtes dienen.

Ebenso einseitig und töricht wie die Gegenüberstellung: die Volksgemeinschaft, die Klassenkampf! ist die Behauptung, daß der Internationalismus der Sozialdemokratie nationale Gewinnung und Betätigung ausschließe. Soweit es sich hierbei nicht überhaupt darum handelt, die Sozialdemokratie unter allen Umständen zu verleumden und zu beschimpfen, zeugen derartige Anschauungen von grenzenloser Gedankenlosigkeit. Niemand wird leugnen, daß es in der kapitalistischen Gesellschaft Interessengegensätze zwischen den Völkern gibt. Aber trotz diesen Gegensätzen ist in den letzten Jahrzehnten die Gemeinschaftsarbeit der Völker auf den verschiedensten Gebieten immer bedeutender geworden, und alle Völker gemeinsam ist das Interesse an der Aufrechterhaltung des Friedens. Keinem der beteiligten Völker hat der vergangene Weltkrieg Segen gebracht, weder den Besiegten noch den Siegern, wie das die Sozialdemokratie stets vorausgesetzt hat. Herrschende Schichten können durch einen siegreichen Krieg manche Vorteile erringen, die Massen jedoch gewinnen bei einem Siege nichts, haben aber bei einer Niederlage ihres Landes viel zu verlieren. Das kommt der deutschen Arbeiterklasse jetzt sehr schmerzhaft zum Bewußtsein. Gemeinsam ist allen Völkern das Interesse an der Erhaltung ihres Selbstbestimmungsrechtes und ihrer nationalen Kultur. Die arbeitenden Massen haben am härtesten zu leiden, wenn ein Volk unter fremde Herrschaft